



Moin!

Nach der letzten Sitzungswoche eines Jahres ist es angebracht, Bilanz zu ziehen. Und diese Bilanz fällt gut aus, für die Arbeit der Großen Koalition im Allgemeinen und für unsere Arbeit in der SPD-Bundestagsfraktion im Besonderen. Wir haben in den letzten drei Jahren viel Gutes beschlossen: Die Einführung des Elterngeldes, die Verabschiedung des Klimaschutzpaketes, die Erhöhung des BAföG und des Wohngeldes, die Konsolidierung des Bundeshaushaltes, verstärkte Investitionen in Bildung und Forschung und Vieles mehr. Bei all diesen Maßnahmen war die sozialdemokratische Handschrift mehr als deutlich zu erkennen. Und: Ohne uns Sozialdemokraten hätte die Union die Erbschaftsteuer auslaufen lassen. Wir haben durchgesetzt, dass die Erbschaftsteuer weiter erhoben wird und den Ländern damit vier Milliarden Euro für Investitionen in Bildung und Forschung zur Verfügung stehen. Damit haben wir verhindert, dass die Erbschaftsteuer dasselbe Schicksal ereilt wie die Vermögenssteuer.

Ich wünsche viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters!

GARRELT DUIN, MdB

*Ich wünsche ein
frohes
Weihnachtsfest
und
ein glückliches
Neues Jahr
2009*



Kommunen haben Schlüsselrolle bei Investitionen

In den letzten Wochen, die von der dramatischen Zuspitzung der internationalen Finanzmarktkrise geprägt waren, war es gut, dass wir Sozialdemokraten an der Regierung entscheidend mitwirken. Mit Bundesfinanzminister Peer Steinbrück an der Spitze haben wir innerhalb weniger Tage ein gigantisches Rettungspaket für die Finanzindustrie geschnürt und so die deutsche Volkswirtschaft, den Mittelstand, die Sparer und die Arbeitnehmer, vor schwerem Schaden bewahrt. Nach dem Rettungsschirm für den Finanzmarkt war es folgerichtig, ein Maß-

nahmenpaket für Beschäftigung zu schnüren. Dieses Paket fördert in den Jahren 2009 und 2010 Investitionen und Aufträge von Unternehmen, privaten Haushalten und Kommunen in einer Größenordnung von rd. 50 Milliarden Euro. Damit brauchen wir uns in Europa nicht zu verstecken – im Gegenteil. Zum Jahreswechsel werden wir prüfen, ob weitere konjunkturelle und beschäftigungssichernde Maßnahmen nötig sind.

Wir wissen, dass angesichts der schwierigen konjunkturellen Lage den Kommunen

eine Schlüsselrolle für Investitionen und Arbeitsplätze zufällt. Deshalb werden wir am 28. Januar 2009 die sozialdemokratischen Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte zu einer kommunalpolitischen Konferenz nach Berlin einladen.

Gemeinsam mit Vizekanzler und Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, unserem Finanzminister Peer Steinbrück und dem Bauminister Wolfgang Tiefensee wollen wir u. a. über Maßnahmen diskutieren, wie insbesondere finanzschwache Kommunen in die Lage

versetzt werden können, dringend nötige Investitionen zu tätigen. In den Kommunen besteht ein riesiger Investitionsbedarf in Schulen, Kitas, Straßen, Wasserversorgung und bei der energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude.

Jetzt kommt es darauf an, dass die Kommunen die Mittel für diese Investitionen auch abrufen können. Deshalb ist es sinnvoll, dass die Länder die Fesseln für Städte und Gemeinden, die sich in einer schwierigen Haushaltslage befinden, zumindest für eine gewisse Zeit lockern.

Modernes und mittelstandfreundliches Vergaberecht schaffen

Das Vergaberecht umfasst die Regelungen für die Einkaufstätigkeit der öffentlichen Hand und wird durch die EU, den Bund und die Länder bestimmt. Leitgrundsätze für diese Einkaufstätigkeit sind Transparenz und Wettbewerb, Haushaltsautonomie und Wirtschaftlichkeit sowie Gleichbehandlung und Mittelstandsfreundlichkeit.

Volkswirtschaftliche Bedeutung

Die Aufträge der öffentlichen Hand sind ein beachtlicher volkswirtschaftlicher Faktor. Die Summe der öffentlichen Aufträge beträgt EU-weit über 1 Billion Euro pro Jahr, in Deutschland 262 Milliarden Euro pro Jahr.

Reformbedarf

Das deutsche Vergaberecht ist hochkomplex, vielschichtig und berücksichtigt zahlreiche Spezialinteressen. Es läuft damit seinem originären Zweck zu wider, Transparenz bei Beschaffungsvorgängen der öffentlichen Hand zu schaffen. Die Komplexität des Vergaberechts ist zum einen Kostentreiber und zum anderen unternehmerischer Hemmschuh, insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen. Die Komplexität des Vergaberechts und der Abläufe sind zum einen Kostentreiber und zum anderen unternehmerischer Hemmschuh, insbesondere für die kleinen und mittleren Firmen, denn diese scheitern oftmals schon an den formalen Auflagen und Anforderungen. Unser erklärtes Ziel war es daher mit der Vergaberechtsnovelle einen Beitrag zur Vereinheitlichung zu leisten und ein modernes und mittelstandfreundliches Vergaberecht zu schaffen, das Wettbewerbsverzerrungen verhindert. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf vereinfachen wir das Vergaberecht, gestalten es transparenter und vor allem mittelstandsfreundlich und schaffen Rechtssicherheit.

Die wichtigsten Regelungen im Überblick:

• Mittelstandsförderung

Die bedeutende Rolle des Mittelstands für die deutsche Wirtschaft ist unbestritten. Mittelständische Unternehmen sind mit Abstand der wichtigste Arbeitgeber in Deutschland. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf schaffen wir nun Abhilfe und stellen sicher, dass der Mittelstand künftig in angemessener Weise an der öffentlichen Auftragsvergabe partizipieren. Wir fördern den Mittelstand, in dem wir bei der öffentlichen Vergabe von Aufträgen die generelle Pflicht einführen, Aufträge in Fach- und Teillose aufzuteilen. Durch die Vergabe in Fach- und Teillosen können sich mittelständische Unternehmen in allen Größenordnungen für öffentliche Aufträge bewerben. Damit verbessern wir die Wirtschaftlichkeit, die ein wesentliches Ziel der öffentlichen Vergabe ist.

• Soziale und ökologische Kriterien

Soziale und ökologische Kriterien werden künftig bei der öffentlichen Auftragsvergabe berücksichtigt. Damit schaffen wir Rechtssicherheit für die öffentlichen Auftraggeber, wenn diese zusätzlich zu Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Gesetzestreue weitere Anforderungen stellen wollen.

• soziale Kriterien

Lohndumping und Preisdrückerei machen unsere einheimische Wirtschaft und insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen kaputt. Billiganbieter zerstören Preisstrukturen, hinter denen sich eine hohe Qualität und exzellente fachliche Qualifikation verbergen und grasen so die Aufträge ab, ohne gleichwertiges Know-how liefern zu können. Mit der Berücksichtigung sozialer Kriterien erweitern wir die Anforderungen an die

Zuverlässigkeit von Bietern in Fällen, in denen es einen für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag nicht gibt oder die jeweilige Tätigkeit nicht in den Anwendungsbereich eines Tarifvertrags fällt.

• ökologische Kriterien

In Umsetzung des EU-Rechts war im deutschen Vergaberecht die Berücksichtigung von Umweltschutz- und damit auch von Klimaschutzgesichtspunkten bislang bereits zulässig. Mit der Berücksichtigung umweltbezogener Aspekte (ökologischer Kriterien) bei der öffentlichen Auftragsvergabe im Gesetzentwurf zur Modernisierung des Vergaberechts erweitern wir die Möglichkeiten der öffentlichen Auftraggeber, insbesondere im Hinblick auf den Klimaschutz.

• Interkommunale Zusammenarbeit

Die Bestrebungen der EU bzw. Forderungen der Wirtschaftsverbände alle Formen von interkommunalen Kooperationen grundsätzlich einer Ausschreibungspflicht zu unterwerfen, lehnen wir ausdrücklich ab. Für uns ist die kommunale Zusammenarbeit ein Erfolgsmodell. Die interkommunale Zusammenarbeit unterliegt ebenso wie Kooperationen unter Bundesländern oder Kooperationen zwischen Bundesländern und Kommunen oder selbständigen Anstalten des öffentlichen Rechts grundsätzlich weder dem europäischen Vergaberecht noch dem Vergaberecht des GWB. Deshalb stellt der Entwurf klar, dass ein öffentlicher Auftrag nur vorliegt und Vergaberecht nur anwendbar ist, wenn ein öffentlicher Auftraggeber durch einen Einkaufsakt den Staatsbereich verlässt und am Markt auftritt. Damit schaffen wir Rechtssicherheit.

• städtebauliche Kooperation

Mit der Klarstellung der gesetzlichen Regelung geben

wir den Städten und Gemeinden die nötige Flexibilität beim Abschluss von städtebaulichen Entwicklungsverträgen zurück und schaffen Rechtssicherheit. Denn Kommunen und Investoren muss es möglich sein, im Rahmen der städtebaulichen Entwicklung in eigener Verantwortung zu gestalten und die dafür im Bau- und Planungsrecht bewussten geschaffenen Instrumente wie z.B. städtebauliche Verträge zu nutzen.

• Transparenz bei Unterschwellenaufträgen

Wir schaffen Transparenz bei der Vergabe von Aufträgen im unterschwelligen Bereich, in dem wir die Auftraggeber verpflichten, die Namen der erfolgreichen Bieter und den Auftragspreis nach erfolgter Auftragsvergabe im Internet zu veröffentlichen. Die mittelständische Wirtschaft setzt sich seit langem für eine Transparenzregel bei der unterschwelligen Auftragsvergabe ein, damit der Korruptionsanfälligkeit im unterschwelligen Bereich entgegen gewirkt wird.

• Korruptionsregister

Die Berichterstatter der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD beabsichtigen sofort nach Beendigung des Gesetzgebungsverfahrens die Arbeit an einem Register zu schweren Verfehlungen aufzunehmen. Dabei soll eine schlanke, unbürokratische und rechtsstaatlich vorbildliche Regelung geschaffen werden, die an das bestehende Gewerbezentralregister anknüpfen soll. In das Register sollen nur Unternehmen aufgenommen werden, die Mitarbeiter beschäftigt haben und weiter beschäftigen oder deren Eigentümer, die rechtskräftig wegen einschlägiger Straftaten verurteilt worden sind. Dazu zählen insbesondere Bestechung und Bestechlichkeit, Betrug und Subventionsbetrug sowie Geldwäsche.

Betriebsrätekonferenz zum Thema „Aufstehen für ein soziales Europa“

„Aufstehen für ein soziales Europa“ - unter diesem Motto hat die SPD-Bundestagsfraktion am 3. Dezember wieder knapp vierhundert Betriebs- und Personalräte aus ganz Deutschland zur diesjährigen Betriebs- und Personalrätekonferenz eingeladen.

Nach der Begrüßung durch die arbeits- und sozialpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Andrea Nahles und Vorträgen des Fraktionsvorsitzenden Peter Struck und Franz-Josef Möltenberg, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, diskutierten die Betriebs- und Personalräte mit den Politikern über aktuelle Themen, wie Arbeitszeit, Leiharbeit, Arbeitnehmer-Entsenderichtlinie. Dass das „Soziale Europa“, trotz der unterschiedlichen sozialen Strukturen sich zu einem tragfähigen Pfeiler der Europäi-



Die ostfriesischen Betriebsräte Erwin Heinks, Thomas Gelder, Torsten Müller und Karl-Heinz Benner (von links nach rechts) trafen Garrelt Duin am Rande der diesjährigen Betriebs- und Personalrätekonferenz.

schen Union entwickelt, war ein Austausch zwischen den Betriebs- und Personalräte von großer Wichtigkeit“, so die einheitliche Meinung. und den Garrelt Duin am Rande der „Dieser regelmäßige Aus- Sozialdemokratie ist für uns Konferenz.

Landesgruppe Niedersachsen feierte Weihnachten

Der Vorsitzenden der Landesgruppe Niedersachsen der SPD-Bundestagsfraktion, Holger Ortel, konnte dieses Jahr wieder zahlreiche Gäste zur traditionellen Weihnachtsfeier der Landesgruppe begrüßen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Peter Struck hielt - genauso wie Garrelt Duin und SPD-Generalsekretär Hubertus Heil - eine Begrüßungsrede. Sie stimmten die Landesgruppenmitglieder auf das Wahlkampfjahr 2009 ein. Struck: „Gemeinsam kämpfen - das können wir Sozialdemokraten!“.

Mit Weihnachtsgeschichten, Gans und Grünkohl war dies ein gelungener Vorweihnachtsabend.



Holger Ortel, Hubertus Heil, Peter Struck und Garrelt Duin stimmten auf der diesjährigen Weihnachtsfeier der Landesgruppe Niedersachsen die Gäste auf das Wahlkampfjahr 2009 ein.

Garrelt Duin besuchte TRAUCO in Großefehn



Kürzlich besuchte Garrelt Duin, in Begleitung des SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Friede Schoone, dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Detlef Schoone und SPD-Kreistagsmitglied Jochen Beekhuis, sowie dem Großefehner Bürgermeister Olaf Meinen, das Unternehmen „TRAUCO“ in Großefehn. In einem Gespräch mit dem Seniorchef Rolf „Tullum“ Trauernicht, der Geschäftsleitung und den Betriebsratsvorsitzenden, wurde den Sozialdemokraten die Entwicklung des Unternehmens vorgestellt und die aktuelle Situation beschrieben. Die Gäste zeigten sich beeindruckt von der wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens. „Aus einem Familienbetrieb wurde ein wirtschaftlich starkes mittelständisches Unternehmen. Es ist fest verwurzelt in Großefehn, auf das die Großefehntjer Bevölkerung sehr stolz sein kann“, sagte Duin.

40 Jahre und deutlich weise!

Seine besondere Verbundenheit zum OV Wallenhorst gab Garrelt Duin zum 40. Jubiläum der Wallenhorster SPD preis: „Genau zwei Monate und 18 Tage bin ich nun älter als dieser Ortsverein und mein großer Respekt gilt dem Ortsverein für das für und in Wallenhorst Erreichte“, resümierte Duin. Nach einem kurzen Exkurs in die Geschichte der Partei würdigte er die stetig steigende Prozente bei den Wahlerfolgen in Wallenhorst und hob gemeinsam mit den Ortsvereinsvorsitzenden Olaf Abdinghoff-Feldkemper das Schleifen der CDU-Mehrheit bei der Kommunalwahl 2006 hervor. „Ich freue mich darauf in 40 Jahren wieder herzukommen und dann die ‚rote Hochburg‘ in Wallenhorst zu besuchen!“ rief Duin dem Ortsvereinsjubilär zu.



Ulla Wiggers (stv. OV-Vors.). Martin Nardmann (Gründungsmitglied), Garrelt Duin, Olaf Abdinghoff-Feldkemper (OV-Vorsitzender), Dr. Martin Schwanholz (MdB) (von links nach rechts).

Termine

- **4. Januar 2009**
Neujahrsempfang Stadt Aurich
- **6. Januar 2009**
Fraktionssitzung in Hannover
- **7. und 8. Januar 2009**
Klausurtagung des SPD Parteivorstandes in Berlin
- **10. Januar 2009**
Neujahrsempfang der Stadt Emden
- **11. Januar 2009**
Neujahrspaziergang in Norddeich mit anssl. Neujahrsempfang der Stadt Norden
- **12. Januar 2009**
Sitzung Präsidium des Landesvorstandes in Hannover
- **13. Januar 2009**
Projektgruppe Kommunales in Hannover
- **16. Januar 2009**
Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin
- **18. Januar 2009**
Neujahrsempfang des DGB in Südbrookmerland



Spruch der Woche

„Was der Weihnachtsmann nicht tragen kann, soll Papa im Supermarkt kaufen!“

Henri, 6 Jahre

Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030 - 227 - 70145

garrelt.duin@bundestag.de

www.garreltduin.de